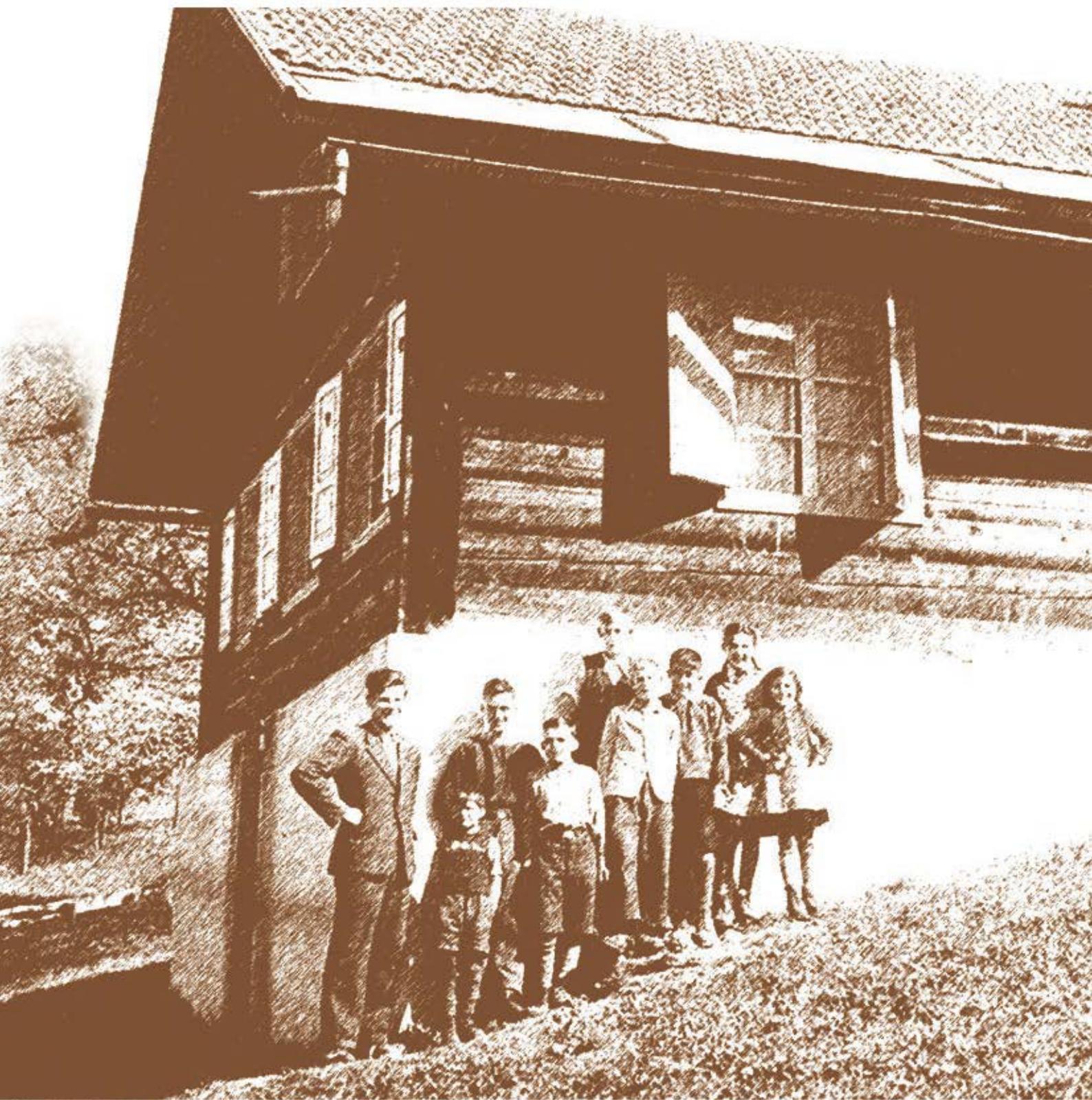


BÜNDNER SCHULBLATT



SCHULE IN RANDREGIONEN

| Graubünden hinkt hinten nach | Interview zur Bildungslandschaft GR | Gemeinden und ihre Schulen | VS & GR: gleichen Trends ausgesetzt | Pagina: Difficultats demograficas | Portrait: Leben und arbeiten im Avers | Jahresbericht LEGR | Rückblick 3. Bildungstag | Agenda | Neugestaltung Berufseinführung | Amtliches |

THEMA

Graubünden hinkt hinten nach	3
Tiefe Schülerzahlen und die Bündner Bildungslandschaft	6
Demografie als Wegweiser der Bildungspolitik	11
Gemeinden und ihre Schulen	12
Wallis und Graubünden – den gleichen globalen Trends ausgesetzt	15

PORTRAIT

Sandra Höllrigl-Trepp, Primarschule Avers Cresta	18
--	----

PAGINA RUMANTSCHA	20
-------------------	----

PAGINA GRIGIONITALIANA	21
------------------------	----

GESCHÄFTSLEITUNG LEGR

Jahrestagung 2013 der Bündner Lehrpersonen	24
--	----

LEGR Jahresbericht 2013	26
-------------------------	----

VORSTAND SBGR	31
---------------	----

AGENDA	34
--------	----

DIES UND DAS	36
--------------	----

AMTLICHES	39
-----------	----

IMPRESSUM	43
-----------	----

Liebe Leserin, lieber Leser

Sie wissen es: Die Gemeinden tragen die Hauptverantwortung für die staatliche Aufgabe «Volksschule». Der grösste Teil des Aufwandes in den Erfolgsrechnungen der Gemeinden fällt im Bereich Bildung an. Über alle Gemeinden gesehen machen die Aufwendungen für diesen Bereich rund 24% des Gesamtaufwandes aus. Tendenz steigend.

Neben der finanziellen Optik drehen sich die zahlreichen und teils intensiven Diskussionen im Bildungsbereich auch um die Schulqualität, die gesellschaftlichen Herausforderungen und um die sprachlichen Ziele in unserem vielfältigen Kanton. Diesen

Denk- und Zielkonflikten

mit konstruktiven, zukunftsgerichteten Rezepten zu begegnen, ist Aufgabe des Kantons und der Gemeinden. Die Bildungsziele werden grösstenteils auf kantonaler Ebene definiert. Die Gemeinden setzen jedoch wesentliche Rahmenbedingungen, damit unsere Kinder sie auch erreichen können! Dieses Zusammenspiel wird durch einen neuen Finanzausgleich nicht verändert, nur justiert.



Wie steht es um das Gleichgewicht im Bildungsbereich? Einige Antworten dürfte die vorliegende Ausgabe liefern. Die Herausforderungen sind und bleiben gross. Der Kanton hat im Jahr 2011 seine Bevölkerungsprognose bis 2030 aktualisiert. In einem mittleren, wahrscheinlichsten Szenario nimmt die Bevölkerung zwar über den gesamten Kanton zu; die in den letzten Jahren erkennbare Entwicklung – nämlich eine markante Bevölkerungszunahme in den bereits heute bevölkerungsreichen Regionen und eine Abnahme in den anderen Regionen – werde sich jedoch weiter fortsetzen. Diese demografischen Entwicklungen zu meistern und gleichzeitig überall eine hohe und gleiche Bildungsqualität erhalten zu können, wird uns alle herausfordern. Eine Antwort auf diese Problematik ist der Zusammenschluss zu grösseren Einheiten – sei es im Schulbereich selbst oder sei es integral auf der Ebene Gemeinde.

Ich bin froh zu wissen, dass die Gemeinden – und nicht nur diejenigen in den sogenannten strukturschwachen Regionen – aktiv daran arbeiten, ihre strukturellen Rahmenbedingungen den Herausforderungen der Zeit anzupassen. Starke Gemeinden sind Garanten für gute Lösungen, auch im Bildungsbereich!

Thomas Kollegger
Leiter Amt für Gemeinden

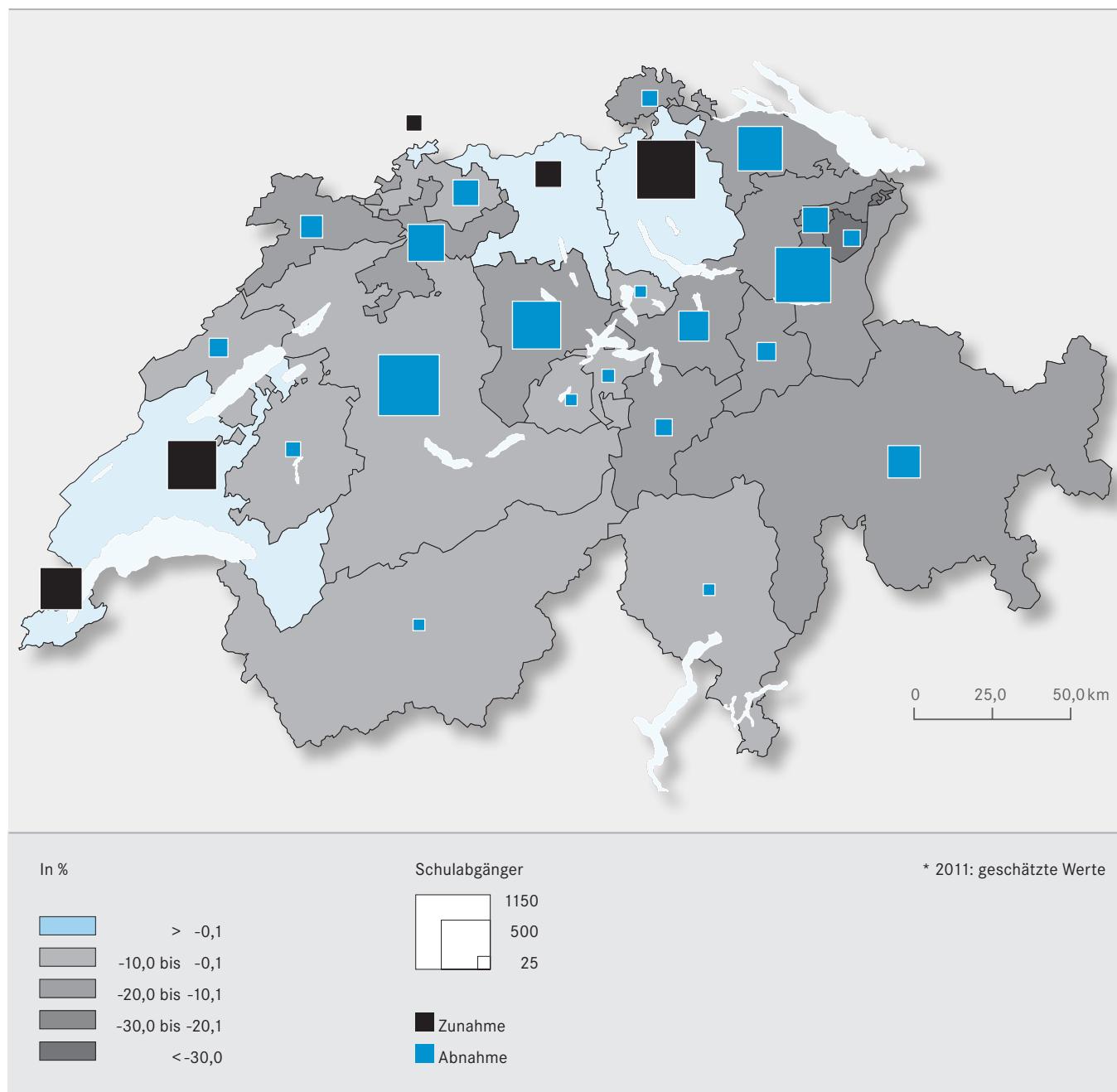
Graubünden hinkt hinten nach

Demografische Erkenntnisse für die Bündner Bildungslandschaft

Seit 1998 sinken die Schülerzahlen in der Schweiz. Die Talsohle ist nun allerdings erreicht. In Zürich steigen die Zahlen stark an. In Graubünden hingegen verharren sie auf tiefem Niveau. Weiterhin sinkt jedoch die Zahl der Bündner Volksschulabgängerinnen und -abgänger. Dies schafft grosse Herausforderungen.

von JÖRI SCHWÄRZEL

SchulabgängerInnen der 9. Klasse, Entwicklung 2011*–2021



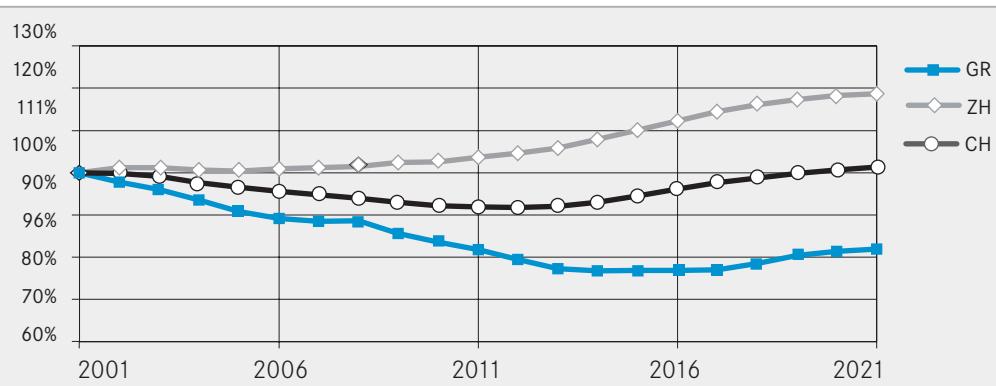
Die Demografie befasst sich statistisch und theoretisch mit der Entwicklung der Bevölkerung und deren Ursachen. Sie untersucht die Bevölkerungszahlen in ihrer altersmässigen Gliederung und in ihrer geografischen Verteilung sowie die Faktoren, die für Veränderungen verantwortlich sind. Den Bildungsverantwortlichen gibt sie Planungsgrundlagen, damit diese sich auf die künftigen Schülerzahlen einstellen und die vorhandenen Massnahmen ergreifen können. Hätte die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) die demografischen Prognosen rechtzeitig anders bewertet, hätte die Quereinsteigerausbildung überall ohne Schnellbleichen organisiert werden

können, um dem Lehrpersonenmangel entgegnen zu können.

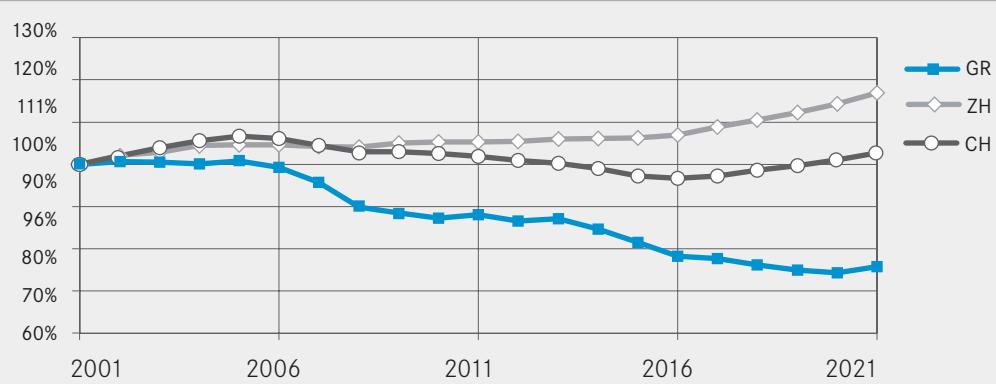
Der Lehrpersonenmangel ist noch lange nicht vom Tisch. Es stehen viele Pensionierungen von gedienten Lehrpersonen an. In Graubünden sind es von 2011 bis 2020 rund 7% der Lehrpersonen, welche in die Pension gehen. Auch wenn in unserem Kanton die Knappheit an Lehrpersonen in den kommenden Jahren von der Oberstufe und der Heilpädagogik auf die Primarschule übergreift, steht Graubünden je länger je mehr vor den Problemen, welche vom starken Schwund an SchulabgängerInnen herrühren.

Das Bündner Parlament, der Grosse Rat, befasste sich im Februar 2013 mit den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf der Sekundarstufe II. Die Antwort der Regierung auf einen entsprechenden parlamentarischen Auftrag gab Prognosen in Zahlen bekannt. Sie rechnet damit, dass die Anzahl MittelschülerInnen von derzeit knapp 2'600 auf 2'000 zurückgeht, und die Zahl der Lernenden in der beruflichen Grundausbildung von derzeit 4'700 auf 3'500. Das sind markante Einbrüche. Die Politik ist gefordert (s. Kommentar von Sandra Locher Benguerel auf S. 11), ebenso die Bildungsverwaltung (s. Interview auf S. 6 – 10 dieses Schulblatts). Können die heutigen Strukturen erhalten bleiben? Bleibt Graubündens relativ tiefe Maturitätsquote bestehen? Holen unsere Betriebe die Lehrlinge künftig aus Zürich?

Grafik 1
Anzahl PrimarschülerInnen



Grafik 2
Anzahl SekundarschülerInnen



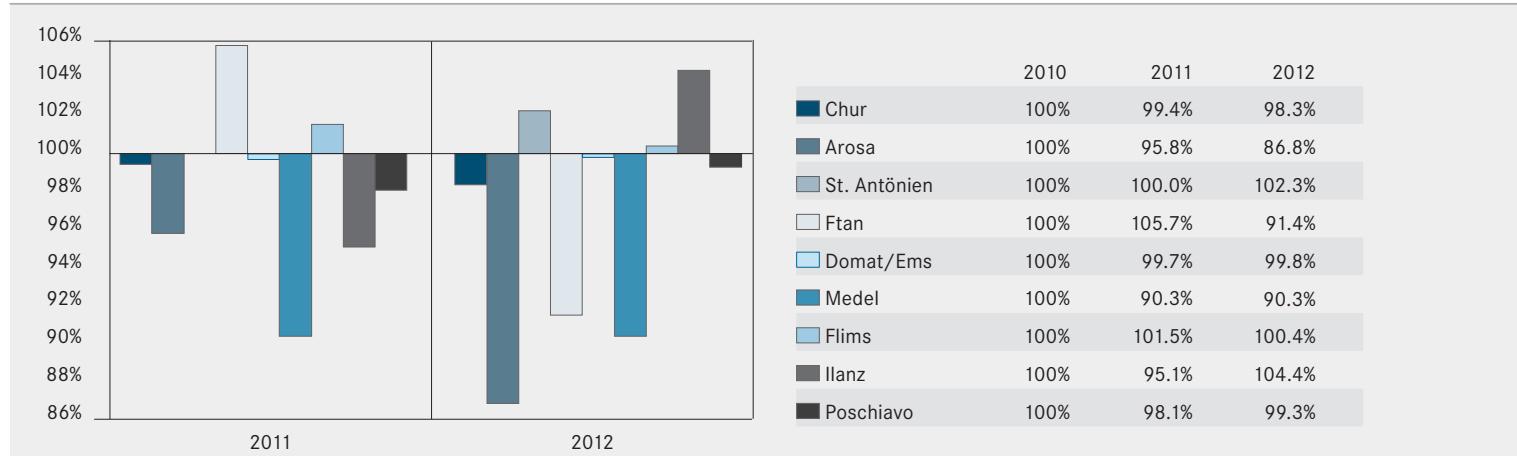
Zahlen national

Die Unterschiede unter den Kantonen sind riesig (s. Karte SchulabgängerInnen). Während für Zürich 2021 7% mehr SchulabgängerInnen als 2011 prognostiziert werden, sind es im Kanton Appenzell über 30% weniger. Aber auch Graubünden liegt im hinteren Feld mit 14% weniger, aber noch knapp vor seinen Nachbarkantonen St. Gallen (minus 15%) und Glarus (minus 19%). Dass Graubünden dem Trend hinten nach hinkt, zeigt sich auch in den Grafiken 1 und 2.

Grafik 1 zeigt, dass in Graubünden die Schülerzahlen der Primarstufe zwar künftig nicht mehr sinken, aber ein mässiger Wiederanstieg der Zahlen erst ab 2018 einsetzen wird, währenddessen der nationale Anstieg im kommenden Jahr einsetzt. In Zürich steigen die

Grafik 3

Entwicklung der Schülerzahlen in ausgewählten Gemeinden



Zahlen schon seit fünf Jahren; von 2001 bis 2021 sollen sie dort um 19% steigen, während die Bündner Primarschule im 2021 ein 20-Jahr-Saldo von minus 18% aufweisen wird. In den Schweizer Zentren jedoch scheint ein kleiner Babyboom anzustehen: Im Jahr 2011 kam die Zahl der Neugeborenen in der Stadt Zürich nahe ans Rekordjahr 1968.

Noch grösser ist der Unterschied der Schülerentwicklung auf der Sekundarstufe I, wie Grafik 2 zeigt. Bis 2020 nimmt die Schülerzahl der Oberstufe in Graubünden weiter stark ab. Innerhalb von 20 Jahren soll es 24% weniger OberstufenschülerInnen geben; national gibt es knapp ein positives Saldo; Zürich schwingt mit einem Plus von 17% oben-auf. Aus den Zahlen der Sekundarschule ist leicht ersichtlich, wie die Zahlen der SchulabgängerInnen liegen werden.

Blick nach Graubünden

Aus den nationalen Zahlen kann eine Tendenz in Richtung eines Stadt-Land-Gefälles herausgelesen werden. Die Experten suchen nach deren Begründung. Nebst der Migration kann unter

anderem das mangelnde Kinderbetreuungsangebot in Landkantonen, fehlende Arbeitsplätze und die Pionierrolle der Stadt beim Trendsetzen (Babyboom?) als Ursache erkannt werden. Leicht vorstellbar, dass ein solches Gefälle vom Zentrum zu den Randregionen auch in Graubünden auftritt. Die Zahlen der letzten drei Schuljahre in Graubünden können diese Vermutung jedoch nicht überall bestätigen. Grafik 3 zeigt ausgewählte Beispiele der Bündner Gemeinden. Es gibt, wie Andrea Caviezel im Interview ab Seite 6 aufzeigt, klare Täler mit grossen Verlusten. Es gibt aber auch Tourismusagglomerationen, die verlieren und ländliche Regionen mit stabilen Schülerzahlen.

Die Hauptstadt Chur verlor zwar in den letzten drei Jahren 49 SchülerInnen, doch liegt sie mit rund 2% Verlust besser als der kantonale Durchschnitt von minus 5%. Bei kleineren Schulen können natürliche Ereignisse wie der Zuzug einer einzigen Familie die Statistik massiv beeinflussen. Doch es zeigt sich, dass abgelegene, kleine Gemeinden sich nicht stark von grossen Tourismusgemeinden unterscheiden. Das Beispiel der Gemeinde Domat/Ems zeigt hingegen, dass nicht alle Rheintaler Gemein-

den den Churer Trend (Schülerverluste) mitmachen, sondern die Talsohle schon vor drei Jahren erreicht haben.

In den kommenden Jahren werden einzelne Gemeinden wieder wachsende Schülerzahlen generieren, in anderen werden sie weiterhin sinken. Insgesamt werden in Graubünden mittelfristig die höheren Schuleintritte die noch sinkenden Schulabgängerzahlen bald ausgleichen und dann sogar übersteigen.

Quellen:

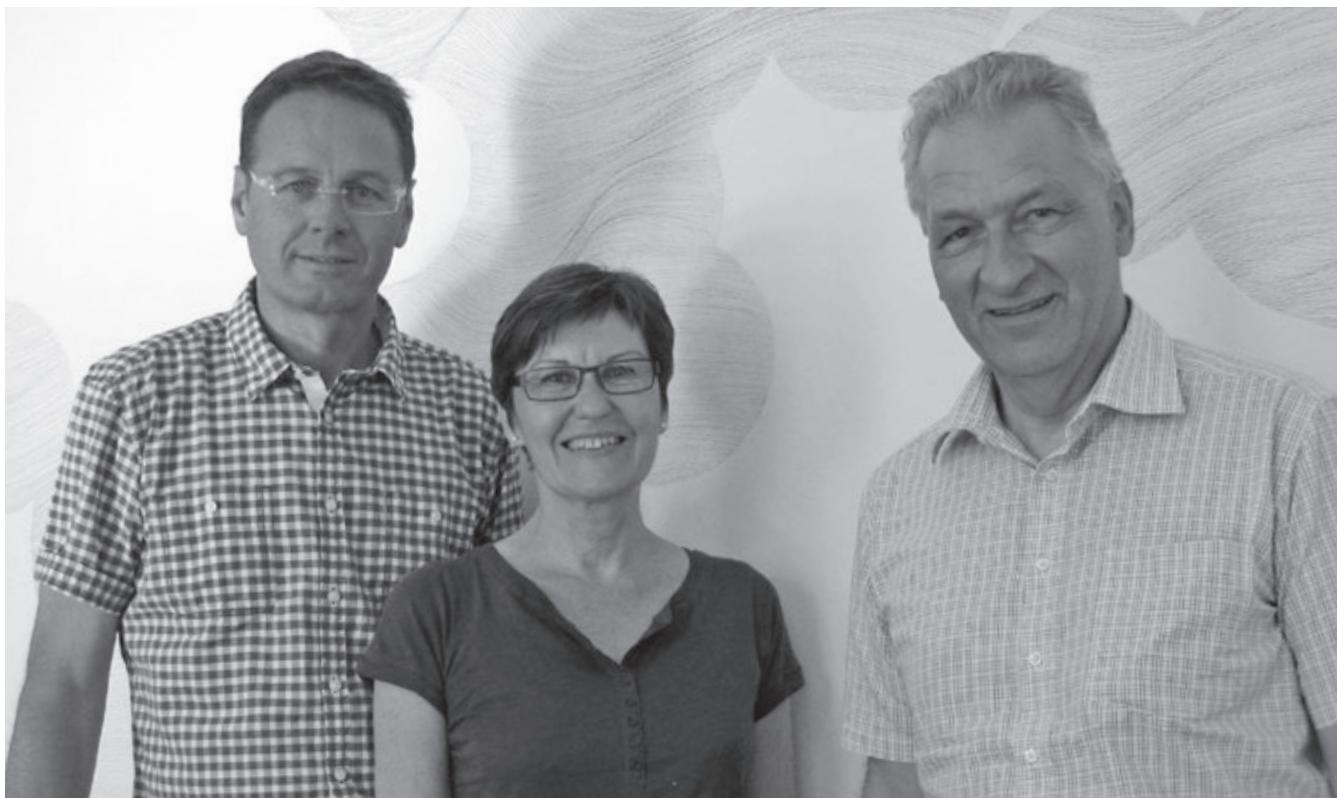
- Bildung Schweiz 2013/2
- Bildung und Wissenschaft 15, Bildungsperspektiven, Szenarien 2012–2021 für das Bildungssystem, Bundesamt für Statistik
- Der Lehrermangel im Kanton Graubünden, Studie im Auftrag des Kantons Graubünden, Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien, Dezember 2010
- Grossratsprotokoll vom 12. Februar 2013
- Südostschweiz vom 12. Mai 2013 und vom 18. Juni 2011
- www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/ekud/dd/dienstleistungen/statistik

Tiefe Schülerzahlen und die Bündner Bild

Interview mit Rita Wiesendanger, Hans Peter Märchy und Andrea Caviezel

Die tiefen Schülerzahlen und insbesondere der quantitative Verlust an AbgängerInnen aus der Bündner Volksschule stellen die Bündner Bildungsverantwortlichen vor Probleme. Das Bündner Schulblatt hat deshalb die Leiterin des Amtes für Berufsbildung, den Leiter des Amtes für höhere Bildung und den Leiter des Schulinspektorats Graubünden zu einem Gedankenaustausch eingeladen.

von FABIO E. CANTONI UND JÖRI SCHWÄRZEL



Andrea Caviezel, Rita Wiesendanger und Hans Peter Märchy, von links nach rechts

BÜNDNER SCHULBLATT: Die Ostschweiz und Graubünden traf und trifft der Rückgang der Schülerzahlen besonders stark. Was bietet Graubünden nicht, was andere Kantone bieten?

HANS PETER MÄRCHY: Die Schülerzahl hängt ja eng mit der demografischen Entwicklung der Gesamtbevölkerung zusammen. Zudem beobachten wir – mit Ausnahme der 80er Jahre – eine stete Abwanderung von jungen Familien kurz nach Geburt der Kinder bis zur 6. Klasse. Grundsätzlich liegen die Gründe wohl in der wirtschaftlichen Entwicklung, das heisst im Arbeitsplatzangebot des Kantons. Und dann gibt es auch die gesellschaftlichen Veränderungen wie veränderte Familienstrukturen.

RITA WIESENDANGER: Wir von der Verwaltung müssen mit den Gegebenheiten leben. Was könnte Graubünden nicht anbieten? Unsere Einflussnahme auf mögliche demografische Gründe ist klein. Es ist unsere Aufgabe, Lösungen für die kleiner werdende Zahl von Auszubildenden zu erarbeiten.

ANDREA CAVIEZEL: Wir müssen in Graubünden differenzieren: Es gibt Regionen, in denen die Zahlen stabil geblieben sind – nämlich dort, wo es genügend Arbeitsplätze und ein ausgebautes Ausbildungsbereich gibt wie im Churer Rheintal oder im Engadin, wo die Baubranche boomte. Dabei spielt die Zuwanderung eine grosse Rolle. Es gibt peripherie Regionen, die verlieren. Im Rheinwald, im Surses, im Schanfigg, im Bergell, im Val Müstair und in der

ungslandschaft

Surselva ausserhalb von Ilanz stellen die sinkenden Schülerzahlen die Verantwortlichen vor grosse Probleme.

HANS PETER MÄRCHY: Agglomerationen ziehen die Leute aus den Tälern an, nicht nur in Graubünden. Wir sind da ein Abbild der Schweiz. Allerdings müssen wir dazu vermerken, dass auch unsere Agglomerationen hinter dem schweizerischen Mittel nachhinken, was die Attraktivität betrifft. Zürich plant drei neue Mittelschulen und wir müssen prüfen, wieviele der Schulen weitergeführt werden können.

ANDREA CAVIEZEL: Wir müssen jedoch genau hinschauen. In der Region Prättigau-Davos verlieren vor allem die grossen Tourismusorte Klosters und Davos. Ansonsten sind die Zahlen stabil; so auch etwa im Misox oder im Avers. Das Niveau ist aber klar tiefer als früher. Mit dem heutigen Verkehrsangebot muss ja Wohn- und Arbeitsregion nicht mehr identisch sein.

RITA WIESENDANGER: Für eine Analyse Graubündens müssten auch die Pendlerströme und die Immobilienpreise miteinbezogen werden. Ist es für Arbeitnehmende im Rheintal z.B. günstiger im Prättigau zu wohnen und ist deshalb der demografische Rückgang in der Nähe des wirtschaftlich starken Rheintals kleiner als in abgelegeneren Regionen?

Mit neuen Schulverbänden, mit allfälligen Angebotsreduzierungen in den Berufsschulen usw. wird den rückgängigen Schülerzahlen entgegengewirkt. Wo sehen Sie die Grenzen der Ökonomisierung im Bildungsbereich?

ANDREA CAVIEZEL: Diese Frage unterstellt, dass die Ökonomisierung die primäre Ursache von Schulzusammenschlüssen sein könnte. In der Realität ist der Ausgangspunkt für die Reduktion von 170 Schulträgern im Schuljahr 2005/06 auf noch 106 ab dem Januar 2014 jedoch die schmerzliche Tatsache, dass die Schülerzahlen z.T. massiv gesunken sind und weiter sinken. Damit muss man sich vor Ort gezwungenermassen mit der folgenden Frage auseinandersetzen: Welches ist die optimale Struktur und Organisation, um eine möglichst gute Schulqualität gewährleisten zu können?

Da es an vielen Orten immer schwieriger wird, überhaupt erst Leute zu finden, die in einer Schulbehörde Einsatz nehmen wollen, entsteht weiterer Handlungsdruck. Natürlich werden dann im Rahmen solcher Strukturbereinigungen richtiger-

weise auch betriebswirtschaftliche Aspekte gewichtet. Die bisherige Entwicklung zeigt jedoch, dass die Verantwortlichen vor Ort sehr darauf bedacht sind, ausgewogene Lösungen zu finden. Schulfusionen müssen aber nicht direkt und zwingend zu weniger Schulstandorten oder weniger Klassen führen. Diese Zahlen sind stabiler. Die Überlegung hinter den Zusammenlegungen der Schulträgerschaften ist also nicht primär, wie Kosten gespart werden können.



RITA WIESENDANGER: Im Berufsbildungsbereich haben wir den Verfassungsauftrag für ein dezentrales Angebot. Aus ökonomischen Gründen haben wir keine Klassen geschlossen, nur wenn es zu wenige Schüler gab, um überhaupt noch eine Klasse führen zu können. Gewünscht wären Klassengrössen von über zwanzig Lernenden. In den Regionen kommen wir in der Berufsbildung an diese Klassengrössen nicht heran. Wenn die Schülerzahl unter zehn sinkt, haben wir die Möglichkeit, kleinere Klassen zu bewilligen. Mit dem Hintergrund des Auftrags eines dezentralen Angebotes sind wir da meist grosszügig. Dabei gibt es organisatorische Möglichkeiten wie etwa die Zusammenlegung von verschiedenen Berufen in den allgemein bildenden Fächern, oder von Lehrjahrübergreifendem Unterricht in der Berufsbildung. Dabei ist zu prüfen, wie sinnvoll die Massnahmen sind. Es bleibt ja das Ziel, den Lernerfolg der Auszubildenden zu gewährleisten. In den letzten Jahren konnten wir zum Beispiel die Coiffeusenausbildung in Davos nicht mehr weiterführen. Mit zwei Lehrverträgen pro Jahr ist es einfach auch für die Lernenden nicht mehr sinnvoll.

HANS PETER MÄRCHY: Der Kanton hat bei den Mittelschulen die betriebswirtschaftlichen Aspekte nicht selbst in den Vordergrund gerückt und mischt sich da nicht direkt ein.

Verantwortlich sind die einzelnen selbständigen Schulen. Der Kanton zahlt seinen Beitrag. Solange dieser ausreicht, sehen wir keine Probleme.

Aufmerksam wird der Kanton, wenn wegen sinkender Schülerzahlen der Aufnahmemechanismus in Frage gestellt wird. Der Kanton ist darauf bedacht, dass das Ausbildungsniveau nicht sinken darf. Wir haben zur Zeit parlamentarische Vorstösse, die die finanzielle Lage der Mittelschulen im Fokus haben und eine Beitragserhöhung anstreben.

«Wir bilden Lehrlinge aus.» Einst der Stolz und das Qualitätssiegel eines Betriebes. Was aber, wenn es keine geeigneten Interessenten gibt? Zur Zeit stehen noch über 700 Lehrstellen in Graubünden offen.

RITA WIESENDANGER: In Graubünden haben wir die Situation, dass einerseits die wirtschaftliche Lage stabil ist und dabei sogar neue Ausbildungsplätze generiert werden, andererseits die Zahl der Jugendlichen sinkt. Die Berufsbildung will ihren Anteil an den SchulabgängerInnen behalten. Auch innerhalb der Berufsbildung gibt es einen Wettbewerb um die Talente, einen Kampf um gute Schülerinnen und Schüler. Lehrlinge aus den Überschusskantonen zu holen, ist zwar nicht ausgeschlossen. Es ist jedoch Sache der Lehrbetriebe, geeignete Lernende zu suchen und anzustellen. Sofern aber überhaupt eine Mobilitätsbereitschaft der Jungen da ist, dann leider eher in Richtung der Zentren.

HANS PETER MÄRCHY: Es gibt derzeit einen politischen Konsens, das Verhältnis zwischen Berufsbildung und Gymnasium von ungefähr 80:20 beizubehalten.

Noch vor kurzem waren es oft die Schulabgänger selbst, die um Lehrstellenplätze kämpften. Heute stehen sie einem recht grossen Angebot gegenüber. Welche Gefahren bzw. Chancen sehen Sie darin?

RITA WIESENDANGER: Den Jugendlichen stehen mehr offene Lehrstellen zur Verfügung als vor Jahren. Das erhöht ihre Chancen auf eine geeignete Lehrstelle. Für die Lehrbetriebe entsteht jedoch die Versuchung, je länger desto früher die Lehrverträge abzuschliessen, da die Auswahl an geeigneten Bewerbungen kleiner geworden ist. Aus der Volksschul-

Oberstufe erhalten wir jedoch Signale, dass nach der frühen Zusage zu einer Lehrstelle, die Motivation und Arbeitshaltung in der Schule sinkt. Wir appellieren nicht nur darum an die Betriebe, die Lehrverträge nicht zu früh abzuschliessen. Es laufen in dieser Zeit auch noch einige Veränderungen bei den Jugendlichen selbst ab.

ANDREA CAVIEZEL: Die Situation akzentuiert sich in der neunten Klasse. Nicht nur die einzelne Lehrperson oder Schule muss reagieren, es ist das ganze System Schule. Es braucht eine verstärkte Individualisierung und Projektorientierung des Unterrichts, damit die Schülerinnen und Schüler attraktiv und verbessert auf eine Lehrstelle vorbereitet werden können. Mit dem Lehrplan 21 werden wir darauf schauen müssen, wie in Graubünden das neunte Schuljahr neu konzipiert werden soll. Die Volksschule wird also künftig weiter daran arbeiten, die SchulabgängerInnen für den Berufseinstieg fit zu machen. Dies löst aber das Problem nicht, für alle Berufe genügend Auszubildende bereit zu haben. Es gibt eben sehr gefragte Berufe.

RITA WIESENDANGER: Viele wählen immer noch den kaufmännischen Bereich. Aber es gibt auch begehrte Berufe mit weniger Lehrstellen, so in kreativen und grafischen Bereichen und in der Informatik. Deshalb gelingt es nicht in jedem Fall, die «Traumlehrstelle» zu finden.

ANDREA CAVIEZEL: Da sehe ich noch Handlungsbedarf für die Schule in enger Zusammenarbeit mit der Berufsberatung. Dabei geht es vor allem um die Öffnung des Horizonts, das heisst, es wäre wichtig, sich von den traditionellen Rollenbildern zu verabschieden. Nicht zuletzt für Mädchen.

HANS PETER MÄRCHY: Das sind aber echte Herausforderungen für die Lehrpersonen. Diese Individualisierung fordert die Oberstufenlehrpersonen heraus. Ich frage mich, ob das beim heute schon festzustellenden Lehrpersonenengpass auf dieser Stufe nicht zu sehr abschreckt, diesen Beruf zu lernen.

ANDREA CAVIEZEL: In Graubünden ist das Vertrauen in die Oberstufe immer noch in hohem Mass vorhanden. So werden auch die Abschlusszeugnisse von den Abnehmern im Unterschied zu anderen Kantonen nicht generell in Frage gestellt. Grössere Schulhausteams haben den Vorteil, dass die Schulqualität weniger von einzelnen Lehrpersonen abhängig ist.



In regionalen Oberstufenzentren kann besser gewährleistet werden, dass beispielsweise ausgebildete Phil-I- oder Phil-II-Oberstufenlehrpersonen für die Kernfächer rekrutiert werden können, was für die Qualitätssicherung zentral ist. Reorganisationen begünstigen diese Tendenz.

Grössere Organisationseinheiten in der Oberstufe bieten weitere Vorteile: Das breitere Angebot an Wahlfächern, das Entstehen von positiven Peergroups mit Zugpferden, die leichtere Rekrutierung von ausgebildeten Lehrpersonen, etc.

Welche Lösungsansätze sehen Sie für die Beibehaltung eines dezentralen und möglichst flächendeckenden Angebotes an Mittel- und Berufsschulen? Gibt es da noch weitere Mittel?

RITA WIESENDANGER: Ein Beispiel: Erfolgreich ist für uns das Splittingmodell, das wir mit Ilanz führen. Am Vormittag kommen die BerufsschülerInnen nach Chur in die berufsspezifische Ausbildung und am Nachmittag besuchen sie

die allgemeinbildenden Fächer in Ilanz – teils in romanischer Sprache.

HANS PETER MÄRCHY: Wie in den Medien bekannt geworden, ist die Erhaltung der dezentralen Mittelschulstandorte ein Thema. Ein Element zur Aufrechterhaltung der heutigen Struktur sind die Internate, die versuchen, Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen nach Graubünden zu holen. Beispielsweise mit speziellen Angeboten in Musik- oder Sportausbildungen soll dies gelingen.

Nicht möglich ist es, die Jugendlichen aus der Berufsbildung ins Gymnasium zu locken. Denn sonst fehlen diese nicht nur in der Lehre, sondern auch nachher an der HTW oder anderen Institutionen der weiterführenden Berufsbildung.

ANDREA CAVIEZEL: In mittelfristigem Blickwinkel ist unbedingt das neue Volksschulgesetz zu erwähnen. Es macht die Bündner Schule um einiges attraktiver: Die Möglichkeiten, welche die Blockzeiten, die Tagesstrukturen oder die Talentschulen bieten, machen die Bündner Schule attraktiv. Dies

hat volkswirtschaftlich positive Auswirkungen. Graubünden ist für junge Familien wieder attraktiver und voll kompetitiv. Das ist ein riesiger Schritt für Graubünden. Neue Privatschulen wird es kaum benötigen, wenn die öffentliche Schule dies alles anbietet.

Unser duales Bildungssystem ist ein Erfolgsmodell. Es wurde schon oft erwähnt. Die Maturitätsquote liegt in Graubünden mit knapp 20 Prozent eher tief. Trotzdem bestehen Befürchtungen, dass es eine Verschiebung weg von der Berufslehre hin zu den weiterführenden Schulen gibt. Ist dies in der Praxis ersichtlich? Gibt es konkrete Beispiele dafür?

RITA WIESENDANGER: Wie schon erwähnt hat die Politik versprochen, dass die Übertrittsquoten stabil bleiben sollen. Dies wird über die Aufnahmeprüfungen gesteuert. Geht man davon aus, dass der Anteil von lernstarken Kindern auch bei abnehmender SchülerInnenzahl in etwa gleich bleibt, ist dies auch richtig so. Klar, die heutigen Schülerinnen und Schüler sind am Ende der Schulzeit breiter ausgebildet. Dies brauchen sie auch, um den neuen Anforderungen der Berufe gerecht zu werden.

HANS PETER MÄRCHY: Die heutigen Möglichkeiten, eine «Berufskarriere» auch über die Berufslehre zu starten, ist noch nicht bei den Eltern angekommen. Heute wird immer noch das Kind ins Gymnasium gedrängt, ob es dort hingehört oder nicht.

ANDREA CAVIEZEL: Haben die Buben dies nicht schon eher erkannt als die Mädchen und wenden sich vermehrt der Berufslehre zu?

RITA WIESENDANGER: Das muss man anders anschauen. Bei den Mädchen gab es eben einen Aufholbedarf. Es ist noch keine fünfzig Jahre her, dass Mädchen an den Gymnasien kaum vertreten waren.

HANS PETER MÄRCHY: Ja, das stimmt, das abgeschlossene Wachstum an den Gymnasien ist eigentlich fast allein auf die Zunahme bei den Schülerinnen zurückzuführen. Heute bilden sie eine Mehrheit an den Bündner Mittelschulen.

Weitere Anliegen oder Schlussvotum?

RITA WIESENDANGER: Wichtig ist mir, die Jungen aufzufordern, sich aktiv umzuschauen und mit Unterstützung der Berufsberatung einen zu ihren Neigungen und Eignungen passenden Beruf zu finden. Eine riesige Palette an Ausbildungen und viele Wege stehen ihnen im heutigen Bildungssystem offen.



HANS PETER MÄRCHY: Ich plädiere dafür, dass Eltern ihr Kind ins Zentrum stellen und eine Möglichkeit suchen, wo es seine Stärken leben kann – und damit dem Kind die optimale Ausbildung ermöglichen. Wie Rita Wiesendanger gesagt hat, das Angebot ist gross. So sollte es auch möglich sein, das richtige für sein Kind zu finden.

ANDREA CAVIEZEL: Nutzen wir das grosse Vertrauen in die Bündner Volksschule und profitieren wir künftig vom neuen Schulgesetz. Die Bündner Bevölkerung hat bei der Bildung nie sparen wollen. In den Schulprojekten in den Gemeinden stand das Wohl der Kinder und Jugendlichen im Zentrum. Schulfusionen – die übrigens quantitativ weit über die Gemeindefusionen hinausgehen – wurden sehr verantwortungsbewusst umgesetzt.

Und zum Schluss: Graubünden leistet sich auch ganz kleine Schulen. Ich finde das toll.

Herzlichen Dank für die spannende Diskussion!

Kommentar

Demografie als Wegweiser der Bildungspolitik

Welche Herausforderungen stellen sich der Bildungspolitik Graubünden in Bezug auf die demografische Entwicklung?

VON SANDRA LOCHER BENGUEREL

Zuerst der Blick in die obligatorische Schule: Auf den 1. August tritt das neue Schulgesetz in Kraft. Wie passt dieses nun mit den Trends der demografischen Entwicklung in unserem Kanton zusammen? Grundsätzlich bin ich davon überzeugt, dass die Umsetzung des neuen Schulgesetzes genügend grosse Schulen braucht, damit eine möglichst gute Schulqualität gewährleistet werden kann. Ich denke da beispielsweise an die sonderpädagogischen Massnahmen oder an Unterstützungsangebote für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler. Im Weiteren geht es darum, jede Schule so auszustalten, dass sie ein möglichst breites Spektrum an ergänzenden Angeboten zur Verfügung stellen kann. Hier denke ich an Time-out Klassen, Schulsozialarbeit oder an Tagessstrukturen. Gerade letztere sind in Bezug auf die demografische Entwicklung wichtig, sie sind bei längeren Schulwegen unabdingbar. Eine weitere Voraussetzung für eine gute Schulführung sind Schulleitungen.

Es offenbart sich dabei ein Spannungsfeld: Damit all die erwähnten ergänzenden Angebote zur Verfügung gestellt werden können, braucht es eine genügend grosse Anzahl von Schülerinnen und Schülern. Es zeigt sich jedoch, dass sich die Bildung von grösseren Schuleinheiten auf Grund der geografischen Lage schwierig gestaltet. Mancherorts haben die Verantwortlichen damit zu kämpfen, das gesetz-

liche Minimum an Schülerzahlen nicht zu unterschreiten. Oft stellt die Schule die eigentliche Lebensader in einer Gemeinde dar und es wird alles daran gesetzt, diese zu halten. Denn ist sie einmal weg, so wirkt dies wiederum als Beschleuniger für den Bevölkerungsrückgang. Deshalb erlaubt das Schulgesetz einen gewissen Spielraum für kleine Schulen. Solche der Demografie angepasste Lösungen wird die Politik auch künftig erarbeiten müssen. An dieser Stelle möchte ich einen weiteren Aspekt einbringen. Auch wenn die Initiative «Starke Gemeinden – starker Kanton» zurückgezogen wurde, bleibt die Zielrichtung bestehen. Eine optimale Gemeinde sollte die Kernaufgabe Schule selbstständig führen können. Auch die Regierung hat sich in jüngster Zeit mehrfach dahingehend geäussert. Die heutige Situation führt nämlich dazu, dass etliche Lehrpersonen und auch Schulleitungen mehrere Arbeitgeber haben, was die Koordination erschwert und einen zusätzlichen Mehraufwand bedeutet. Hier steht die Politik in den nächsten Jahren weiterhin in der Verantwortung, Strukturen und Aufgabenerfüllung aufeinander abzustimmen.

Die direktesten Auswirkungen der geburtenschwachen Jahrgänge zeigen sich in den nächsten Jahren ganz deutlich an der Schnittstelle nach der obligatorischen Schulzeit. Die Zahl der Lernenden in Berufsfachschulen in Graubünden wird in weniger als zehn Jahren markant sinken, davon werden die Lehrbetriebe unmittelbar betroffen sein. Ebenso betroffen werden auch die Bündner Mittelschulen sein. Denn auch hier befinden wir uns aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und der



Demografie in einem Spannungsfeld. Gemäss den gesetzlichen Vorgaben ist der Kanton verantwortlich für ein dezentrales Angebot für die berufliche Ausbildung sowie den Mittelschulbereich. Dass es schwierig sein wird, hier gute Lösungen zu finden, haben die jüngsten Diskussionen im Grossen Rat um Mittelschulstandorte gezeigt. Die anstehende Revision des Mittelschulgesetzes bietet die Möglichkeit, hier eine Strategie festzulegen. Aus meiner Sicht geht es in den kommenden Jahren nicht darum, die Berufsbildung gegenüber der Mittelschulausbildung auszuspielen. Viel wichtiger scheint mir, den Dialog zu suchen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

Die Demografie dient uns als Wegweiser, indem sie uns schonungslos die Zahlen aufzeigt. Diese können wir nicht verändern. Die Politik ist jedoch gefordert, dem Wegweiser zu folgen und damit die anstehenden Herausforderungen anzupacken. Dabei braucht es Mut, Entscheidungen zu treffen. Diese Massnahmen sollten in einer Gesamtschau erfolgen und auf das Raumkonzept Graubünden angepasst sein.

Gemeinden und ihre Schulen

Es gibt verschiedene Aufzählungen, was alles eine Gemeinde ausmache, ein Dorfladen, ein Restaurant, eine Kirche, aber sicher gehört eine Schule immer dazu.

VON JOHANNES FLURY / FOTOS: HANSLUZI KESSLER



Kann ein Dorf auch ohne Schule ein Dorf sein, eine Gemeinde auch ohne Schule eine Gemeinde? Die Frage scheint rhetorisch, denn in den letzten Jahrzehnten haben sich immer mehr Gemeinden daran gewöhnen müssen, ihre Schule, teilweise oder ganz, mit einer anderen Schule zusammenzulegen und zu sehen, wie die Schülerinnen und Schüler am Morgen mit dem Schulbus das Dorf verlassen. Fehlt etwas? Und, wenn ja, was? Und wie kann das Fehlende kompensiert werden? Oder bleibt eine Leerstelle, die immer schmerzt? Jede, jeder von uns kennt Beispiele, wo Gemeinden oder

Fraktionen mit allen Mitteln um den Erhalt der Schule gekämpft haben und zwar, bis es schlicht aus Gründen der Demografie nicht mehr ging.

Für und gegen den Erhalt der Dorfschule

Gründe dafür und Gründe dagegen gibt es viele, einige seien in der Folge angedeutet:

- Sind es in erster Linie pädagogische Gründe? Ist die Schule besser, wenn sie integrierter Teil eines Dorfganzen ist? Oder ist sie nicht gerade besser,

wenn sie eine respektable Zahl an Schülerinnen und Schülern aufweist, eine gesunde Durchmischung und ein förderndes Lernklima?

- Sind es soziale Gründe, weil die Existenz einer Schule im Dorf eine Mischung der Generationen garantiert? Steht die Angst dahinter, dass die Kinder in einer zentralisierten Schule allerhand Einflüssen ausgesetzt sind, vor denen man sie bewahren möchte?
- Sind es psychologische Gründe, weil die Schliessung der Schule als der Beginn des Sterbens eines Dorfes empfunden wird?

- Sind es umgekehrt finanzielle Gründe, weil es schlicht billiger ist, die Kinder gemeinsam mit anderen in grösseren Kontexten zu schulen?
- Sind es ökonomische Gründe, weil ohne Schule das Dorf als Wohn- und Arbeitsort weniger attraktiv ist, Steuerzahler verliert und so über kurz oder lang seine Selbstständigkeit aufgeben muss?
- Sind es politische Gründe, weil in aller Regel in grösseren Einheiten der Einfluss auf die Führung der Schule zurückgeht und sie eine grössere Autonomie gewinnt?
- Sind es personelle Gründe, weil eine oder zwei Lehrpersonen schlicht nicht mehr alles abdecken können, was verlangt wird, und auch in Gefahr sind zu vereinsamen? Ist es nicht so, dass kleine Schulen häufig zu einer Durchgangsstation für junge Lehrpersonen werden und der häufige Wechsel der Qualität der Schule nicht zuträglich ist?

Aktuelle Schulorganisation ist auch Spiegel der Geschichte

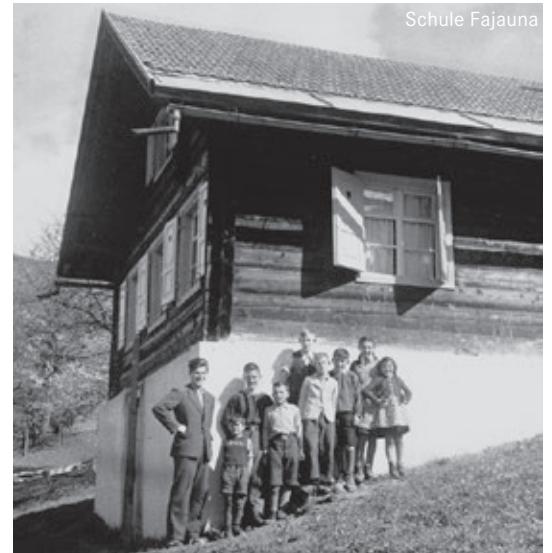
Die Schulhäuser der Gemeinde Schiers dokumentieren den Prozess der Schulkonzentration eindrücklich. Schiers hatte einst Fraktionsschulen in Stels, Fajauna, Lunden, Maria, Pusserein und Schuders, die Schulhäuser machen dies bis heute sichtbar.

Natürlich handelt es sich hier nicht um eigene politische Gemeinden, aber die Fraktionen hatten ihr eigenes Gesicht und die Schule war ein Teil dieses Gesichts. Jetzt werden alle Schülerinnen und Schüler in den beiden Schulanlagen des Taldorfes unterrichtet. Vielleicht hat

Schiers damit innerhalb der Gemeinde das vorweggenommen, was Jahre später in den Talschaften geschehen ist oder geschieht oder noch geschehen wird. Im Val Müstair zum Beispiel war die Schul- und Gemeindezusammenlegung eine Art von Parallelprozess, wenn auch über Jahre verteilt.

Ich habe selbst miterlebt, wie die Fraktion Schuders um ihre Schule gekämpft hat. Es ging dort angesichts der damals noch viel schlechteren und gefährlicheren Strasse darum, die Kinder vor einem objektiv heiklen Schulweg zu bewahren. Insofern waren es nicht rein nostalgische oder subjektive Gründe. Es ging auch darum, dass Schuders sich eingestehen musste, keine aus sich allein lebensfähige Gemeinde zu sein – und das ist ein schwieriger, mühsamer und schmerzlicher Prozess. Deshalb wurde mit Sonderbewilligungen gearbeitet, es wurde versucht, Familien ins Dorf zu holen, um die Schule zu retten (Tagesschulen sind ein weiterer Versuch) – und am Schluss steht dann doch in nicht wenigen Fällen das Unabänderliche: Die Schliessung der eigenen Schule und ihre Zusammenlegung mit einer anderen.

Nicht selten wurde dann als erster Schritt noch eine Organisationsform erprobt, die beiden Dörfern etwas beliess: Eine Abteilung im einen, die andere im anderen Dorf mit der Konsequenz, dass die Lehrpersonen alleine waren und ihre Fluktuation entsprechend zunahm. So sind die meisten heutigen Schulorganisationen in Graubünden Resultat eines geschichtlichen, oft schmerzhaften Prozesses und es ist anzunehmen, dass dieser noch weitergeht und dass er schmerzlich bleibt.



Schule Fajauna



Schule Stels



Schule Lunden

Dorfschule und Dorf – Schule und Gesellschaft

Was macht es denn aus, dass ein Schulweg von zwanzig Minuten innerhalb des Gemeindegebiets als durchaus normal und zumutbar empfunden wird, eine 10 Minuten dauernde Busfahrt in ein anderes Dorf als Zumutung, die mit allen Mitteln zu verhindern ist?

Ein solches angenommenes Beispiel illustriert, dass es um anderes geht als um rein pädagogische Gründe. Wenn die dörfliche Gemeinschaft sich noch als solche empfindet, will sie das in allen Altersstufen und auf möglichst vielen Gebieten sein. Der Verzicht auf die Schule, auf das tägliche Miterleben der Pausen mit dem Lärm der Kinder, auf die Mitarbeit der Schule und der einzelnen Schülerinnen und Schüler bei dörflichen Anlässen, auf das oft auch von Spannungen begleitete Miteinander trifft die dörfliche Gemeinschaft und nimmt ihr ein zentrales Element

weg. Sie muss erleben, dass ein neues Organisationsprinzip Einzug hält, nicht mehr das lokale (ich könnte auch sagen geografische), sondern das stärker aufgabenbezogene. Es ist so etwas wie der Einzug des Expertenwesens, wo vorher noch das Gefühl herrschte, eine Gemeinde sei eigentlich ein autarkes, nur auf sich selbst gestelltes Gebilde, das im Grunde fähig wäre, sich selbst über die Runden zu bringen. In einem derartigen Gedankengebäude ist die Schule ein Teil des Dorfes. Die soziale Funktion überwiegt, die Unterrichtsfunktion tritt demgegenüber in den Hintergrund.

Heute hat die Schule einen ganz anderen Stellenwert: Sie ist ein Teil einer Gesellschaft, die sich für fast alle Gebiete auf professionelle Experten und Expertinnen abstützt. Schule dient in erster Line dazu, junge Menschen auszubilden, damit sie in einer hoch differenzierten Gesellschaft ihren Platz einnehmen können; und damit ist die Schule weit mehr spezialisiert als dies

früher der Fall war, als sie eingebettet war in den Tages- und Jahresablauf des Dorfes oder der Fraktion.

Solche Entwicklungen geschehen, und wir sind dermassen Teil davon, dass wir sie in aller Regel gar nicht wahrnehmen. Erst wenn eine Schulschließung oder -verlegung ansteht, werden wir uns dessen bewusst. Aber es ist eben nicht eigentlich die Schule (oder der Dorfladen oder die Sennerei oder die Bankfiliale), welche anders wird, es ist vielmehr eine Entwicklung innerhalb der Gesellschaft, die an solchen Ereignissen sichtbar wird. Die ländliche Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren dermassen verändert, dass wir nur mit Mühe mitkommen und das Ganze als schmerzlichen Prozess empfinden. Schule spiegelt die Gesellschaft, die Gesellschaft bestimmt das Bild der Schule. Sich entziehen ist unmöglich, mitgestalten schon eher. Aber einfacher wird es nicht.

Schule Schuders



Wallis und Graubünden – den gleichen globalen Trends ausgesetzt

Graubünden und Wallis haben – bei aller Verschiedenheit – viele Gemeinsamkeiten. Die beiden mehrsprachigen Bergkantone sind mit grossen Herausforderungen konfrontiert: wirtschaftliche Veränderungen, Globalisierung, veränderte Lebensgewohnheiten und eine gestiegene Mobilität führen zu einer zunehmenden Konzentration von Bevölkerung und Arbeitsplätzen in den städtischen und touristischen Zentren und deren näheren Umgebung.

von DR. EDMUND STEINER, DOZENT PH WALLIS

Weniger gut erreichbare Berggebiete werden zunehmend durch den Verlust von Arbeitsplätzen, durch einen Rückgang der Bevölkerung und einen Abbau der Grundversorgung in ihrer Weiterexistenz und Entwicklung bedroht. Die Summe individueller Entscheidungen, sich dort niederzulassen, wo es bessere Berufs- und Karrierechancen gibt, verschärft die Kluft zwischen zentralen und ländlichen Regionen. Kleine Gemeinden trifft dies besonders hart, weil diese Entwicklung den Weiterbestand der Schule, der Dorfläden, Restaurants und anderer Basiseinrichtungen gefährdet. Sie spüren den globalen Wettbewerb ebenso wie die Metropolen am Zürich- oder Genfersee, bloss nur auf eine andere Weise.

Wie agieren die Gemeinde- und Schulverantwortlichen betroffener Gemeinden in dieser Situation? Die Diskussion über die Zukunft dieser Schulen würde zu kurz greifen, wenn wir sie auf die innerschulische Ebene beschränken. Wir müssen die gesamte Lebenssituation von dort ansässigen Familien und ihren Kindern ins Blickfeld rücken. An Beispielen aus dem Wallis möchte ich das nachfolgend kurz aufzeigen¹.

¹ Die allgemeinen Angaben stammen aus der Broschüre zum Forschungsprojekt «Schule im alpinen Raum», an welcher der Autor dieses Artikels mitgearbeitet hat. Die Quellen der kantons- und ortsspezifischen Angaben waren die Gemeindeverwaltungen der zwei Orte sowie das Internet.

Zur Familienattraktivität kleiner Gemeinden

In vielen kleinen Gemeinden ist die Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter im Verhältnis zu den übrigen Altersgruppen eindeutig untervertreten. Damit sind auch diejenigen Menschen in der Unterzahl, welche potenziell eine Familie gründen könnten. Um den Anteil der jungen aktiven Bevölkerung zu erhöhen, braucht es ein entsprechendes Arbeitsstellenangebot und Massnahmen für die Schaffung neuer und vor allem auch qualifizierter Arbeitsplätze. Erwerbsmöglichkeiten halten den Bevölkerungsstand, aber das allein garantiert noch nicht den Erhalt der Schulen in diesen Gemeinden. Der Schlüssel für den Erhalt von Schulen kleiner Gemeinden sind junge Familien und die 20- bis 40-Jährigen, die sich für einen Wohnort in abgelegenen Regionen entscheiden (Dörfer in günstiger, zentrumsnaher Lage brauchen sich diesbezüglich weniger Sorgen zu machen). Für Wohnsitzentscheidungen von Familien oder jungen Paaren in der Familiengründungsphase ist es von erheblicher Bedeutung, mit welcher Basisinfrastruktur das unmittelbare Wohnumfeld ausgestattet ist, beziehungsweise wie gross die Distanzen für die Grundversorgung respektive die Pendlerdistanz zum Arbeitsplatz sind.

Im Projekt «Schule im alpinen Raum» bewerteten die befragten Eltern aus kleinen ländlichen Gemeinden ihr Wohnumfeld grundsätzlich als positiv. Als Trümpfe für das Wohnen in alpinländlichen Orten gelten vor allem die hohe Lebens- und Umweltqualität sowie ein intaktes Dorfleben. Das Arbeitspendeln in die Regionalzentren, der fehlende Wohnungsmarkt in den Dörfern sowie die Ausdünnung des Angebotes für die Nahversorgung und den öffentlichen Verkehr sind hingegen aus ihrer Sicht notwendige Ansatzpunkte, um das Wohnen in alpinländlicher Umgebung für die heranwachsende Generation wie für mögliche Zuzüger als erstrebenswert zu erhalten.

Zur Schulorganisation im Kanton Wallis

Zur Frage, wie kleine Gemeinden angeichts rückläufiger Zahlen ihre Volkschule organisieren, gibt es grundsätzlich drei Möglichkeiten:

- 1) Die Gemeinde unterhält ein eigenes Schulhaus, in dem die Kinder des betreffenden Gemeindegebiets die Schule besuchen,
- 2) die Kinder aus kleinen Gemeinden besuchen die Schule zusammen mit anderen an einem zentralen Standort, und
- 3) schliesslich gibt es noch eine besondere Form, indem sich zwei Gemeinden

Simplon und Staldenried – Kennzahlen zweier Gemeinden

	Simplon-Dorf	Staldenried
Meereshöhe	1476 m ü.M.	1052 m ü.M.
Distanz zum nächsten Zentrum und Dauer der Fahrt mit ÖV zum nächsten Zentrum	31 km nach Brig 62 Min.	11,5 km nach Visp 22 Min.
Wohnbevölkerung (2012, Stand/Veränderung in %)	329 / + 0.9%	552 / - 0.9%
Anzahl Geburten im Jahr 2012	3	2
Altersstruktur Anteile in %:		
0-19 J. 20 – 64 J. > 64 J.	15% 65% 20%	16% 64% 20%
Anteil der Pendler an der erwerbstätigen Bevölkerung	ca. 5%	ca. 80%
Schule (Kindergarten und Primarschule) Anzahl		
Kinder und Abteilungen (Schuljahr 2012–2013)	16 Kinder 2 Abteilungen	43 Kinder 3 Abteilungen

zusammenschliessen und den Primarschulunterricht auf zwei oder gar drei Standorte verteilen. Je nach Klasse und Zuteilung besuchen die Kinder beider Gemeinden die Schule in einem der verfügbaren Standorte. Im Wallis gibt es zu allen drei Modellen konkrete Beispiele. Die letzte obligatorische Schulstufe ist

bereits seit 1973 zentralisiert, d.h. die 7. bis 9.-Klässler besuchen die sogenannte Orientierungsschule in einem Zentrum, das in der Regel wohnortsnah oder maximal 15 bis 20 Fahrminuten entfernt ist. Neu ab 2015 verfügen alle Schulen oder Schulgruppierungen der obligatorischen Schulstufen über eine Schuldirektion. Ziel ist eine professionelle pädagogische Führung der Schulen. Gemeinden, die nur über eine kleine Schülerzahl verfügen, müssen sich zusammenschliessen. Das bedeutet aber nicht, dass sie den eigenen Schulstandort aufgeben müssen. Bei starken Rückgängen suchen die Verantwortlichen auf Gemeinde- und Kantonsebene nach Alternativlösungen. Wir wollen uns zwei Beispiele zum erstgenannten Modell näher ansehen: Simplon und Staldenried.

Simplon

Das Bergdorf Simplon liegt auf der Südseite des gleichnamigen Passes. Die Landwirtschaft bildet auch noch heute eine wichtige Erwerbsstruktur im Leben der Berggemeinde. Feste Arbeitsplätze bieten Betriebe in der Bau-, Transport-

und Tourismusbranche wie auch die Kraftwerksgesellschaft, das Forstrevier, der kantonale Strassenunterhaltsdienst und das Militär. Nur ein kleiner Anteil der Erwerbstätigen des Dorfes pendelt zu einer Arbeit ausserhalb des Gemeindegebietes, etwa nach Brig oder Visp, was mit einem Pendelweg von mehr als 30 km verbunden ist.

Das Dorf Simplon ist durch ein reiches Vereinsleben und durch viele lokale Anlässe über die Gemeinde hinaus bekannt. Der Zusammenhalt unter der Bevölkerung ist gross; selbst wer aus Arbeitsplatzgründen in die Rhonetalebene auf der anderen Seite des Passes gezügelt ist, unterhält weiterhin das Beziehungsnetz zum Dorf aufrecht, etwa indem er oder sie an den Proben und Auftritten der lokalen Musikgesellschaft «Bleiken» mitwirkt, obwohl man dazu lange An- und Rückfahrten in Kauf nehmen muss. Mit den Menschen und Ortschaften im Ossolatal auf der italienischen Seite pflegen die Simpler ebenfalls einen regelmässigen Austausch.

Die Gemeinden Simplon und Zwischbergen-Gondo führen die Schule zusammen im Schulzentrum in Simplon-Dorf. Die 8 Kinder der Altersstufe Kindergarten und 1./2. Primarklasse im Schuljahr 2012/13 wurden gemeinsam in einer Lerngruppe unterrichtet, ebenso viele besuchten die 3. bis 6. Kl. in einer zweiten Lerngruppe. Bis 2012 gab es für die 7.- bis 9.-Klässler die dorfegene Orientierungsschule. Seit vergangenem Jahr besucht diese Altersgruppe den Unterricht am Orientierungszentrum von Brig. Die Gemeinde übernimmt die Transportkosten und zahlt 8 Franken an die Kosten der Mittagsmahlzeit dieser Schüler. Die Eltern zeigen sich mit diesem Modus zufrieden und die Jugendlichen schätzen den grösseren Kreis an Gleichaltrigen. Die Schule für die 4- bis 12-Jährigen wird aber weiterhin im Dorf bleiben.



Staldenried

Die Gemeinde Staldenried ist eine im äusseren Vispertal am östlichen Talhang gelegene Streusiedlung. Eine Luftseilbahn und eine Strasse verbinden das Bergdorf mit dem Tal. Vier Fünftel der Erwerbstätigen arbeiten auswärts, v.a. in der Lonza in Visp; viele von ihnen betreiben im Nebenerwerb Landwirtschaft (Rebbau, Ziegen- und Schafzucht, Milchwirtschaft).



Auf der Website der Gemeinde werden die Vorzüge des Dorfes hervorgehoben: Leben in einer intakten Natur- und Kulturlandschaft mit intaktem sozialem Umfeld, zentrumsnah und ruhig, nur 15 Minuten vom NEAT-Vollknotenpunkt Visp entfernt. Klimatische Vorzüge und finanzielle Anreize wie tiefe Steuerbelastung, moderate Tarife und Gebühren sowie Wohnbauförderung mit einem Beitrag bis zu CHF 50'000 sollen Einzelpersonen und Familien dazu bewegen, in Staldenried Wohnsitz zu nehmen. In den letzten zwölf Jahren wurden rund acht Millionen Franken investiert, um das Dorf attraktiv zu gestalten und somit auch gegen die Abwanderung anzukämpfen. Diese finanziellen Leistungen kann sich Staldenried nicht zuletzt dank der Einnahmen aus der Wasserkraft leisten.

Die Schule betrachtet der Gemeindepräsident Dominik Abgottspöhl als wichtigen Standortfaktor: «Bildung ist nebst der Wasserkraft einer der wenigen (Rohstoffe), die unsere Gegend zu bieten hat. Das Kind und seine Bildungsbedürfnisse müssen im Vordergrund stehen, nicht die Vorstellung über wünschenswerte Strukturen». (Walliser Bote, 6. Juli 2013) Dies lässt sich die Gemeinde auch etwas kosten. So finanzierte sie aus eigenen Mitteln im vergangenen Schuljahr ein Zusatzpensum von 4 Wochenlektionen für die

Lehrperson, welche eine Basisstufe (1./2. Kindergarten und 1./2. Primarklasse) unterrichtete. Der Unterricht in altersgemischten Klassen wird auch in kommenden Jahren die Regel bleiben.

Vergleich und allgemeiner Ausblick

Was braucht es, damit eine kleine Gemeinde vital bleibt und mit pulsierendem Leben gefüllt ist? Eine Schule im nahen Umfeld mit engagierten Lehrpersonen, für die sich die Bevölkerung und die politischen Verantwortlichen einsetzen, ist sicher ein wichtiger, aber nicht der einzige ausschlaggebende Faktor. Alles entscheidend ist, ob die 20- bis 40-Jährigen ein Auskommen im Dorf oder in zumutbarer Distanz finden und ob sie das Leben in einem Dorf ohne die Annehmlichkeiten einer Stadt als erstrebenswert finden. Nur wenn sich Menschen in der Phase der Familiengründung und später für eine Zukunft in alpin-ländlicher Umgebung entscheiden, braucht es dort auch eine Schule: Es gilt also «Wo keine Kinder, da keine Schule» statt umgekehrt. Die Schliessung von Schulen ist also nicht auslösender Faktor für rückläufige Bevölkerungszahlen im alpin-ländlichen Raum, sondern blos Indikator eines umfassenden Wandels. Diese Sichtweise könnte die Schule aber etwas vom

Erwartungsdruck entlasten und den Blick auf das gesamte Spektrum an Bildungsmöglichkeiten richten.

Neben einem guten Arbeitsplatzangebot sind die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements von grosser Bedeutung. Die Einheimischen beteiligen sich sehr aktiv in Vereinen und Gruppen und betonen deren grosse Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt. Die rückläufigen Bevölkerungszahlen stellen aber diese wichtigen Träger eines lebendigen Dorfes und eines Freizeitangebotes in ländlichen Regionen vor Personal- und Nachwuchsprobleme.

Schliesslich heisst es zugleich lokal und regional zu denken. Denn immer weniger können die Daseinsgrundfunktionen durch einzelne Gemeinden allein gewährleistet werden. Sie sind auf die Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen angewiesen.

Alpin-ländliche Regionen können ihre Funktionsfähigkeit als Wohnort weiterhin aufrecht erhalten, wenn lokale Initiativen regional abgestimmt und durch geeignete Förderinstrumente einer familiensensiblen Regional- und Raumentwicklung beziehungsweise einer raumsensiblen Bildungspolitik unterstützt werden.

Leben und Arbeiten im Avers

Sandra Höllrigl-Trepp, Primarschule Avers Cresta

An einem strahlenden Sonntag mache ich mich auf den Weg ins Avers. Sobald ich die A13 verlasse, öffnet sich eine andere Welt. Taleinwärts werde ich vom rauschenden Averser Rhein begleitet, fahre vorbei an saftig grünen Bergwiesen. Mein Ziel ist die Talschule Avers und deren Lehrerin Sandra Höllrigl.

von Sandra Locher Benguerel



Auf einer Anhöhe oberhalb der Fraktion Avers Cresta, auf gut 1960 m ü.M., erreiche ich eines der wohl höchstgelegenen Schulhäuser Europas, von welchem sich ein wunderbarer Panoramablick übers Hochtal offenbart. Beim Eingang werde ich von Sandra Höllrigl herzlich empfangen. Unser Gespräch verbinde ich mit einem Besuch in der Avner Schule. Somit habe ich Gelegenheit, Sandra Höllrigl als Lehrerin durch einen Vormittag zu begleiten. Ich tauche ein in die «Schulstube» – die Kinder reagieren sehr offen, sie sagen mir, sie seien Besuch gewohnt.

Sandra Höllrigl unterrichtet in einem Teilstundenplan die fünf Schülerinnen und Schüler der 4.–6. Klasse. Doch was hat die 31-Jährige bewegt, gerade im Avers eine Stelle anzutreten? Sie ist mitten in Davos aufgewachsen. Nach der 6. Klasse wechselte sie in Davos ans Gymna-

sium und schloss dieses 2002 mit der Matura ab. Mit Freude erzählt sie mir von ihrer Davoser Kindheit und Jugendzeit. Dort war Sandra Höllrigl sehr gut ins Vereinsleben integriert. Mit elf Jahren begann sie mit dem Unihockeysport. Da es zu dieser Zeit noch kaum ein Angebot für Mädchen gab, gründete sie einige Jahre später gemeinsam mit einer Kollegin eine Unihockeyschule. Somit arbeitete Sandra Höllrigl bereits früh mit Kindern zusammen und fand Gefallen daran. Eine weitere Verbindung zu Kindern hatte sie durch ihr Engagement in der Musikschule Davos. Sie verrät mir: «Davos fand ich super: Ich hatte alle Vorzüge der Stadt und war trotzdem schnell auf dem Land.» Auf dieses zog es sie nach dem Maturaabschluss. Die junge Frau arbeitete in einem Zwischenjahr als Serviceangestellte im Restaurant des Berggasthofes Walserhuus im Sertig.

«Ich wollte eigentlich schon immer Lehrerin werden, da ich immer gerne mit Kindern arbeitete oder auch die Tourismusbranche fand ich interessant.» So startet sie im Jahr 2003 im ersten Jahrgang ihre Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule in Chur. Als Höhepunkt ihrer Ausbildung schildert Sandra Höllrigl die unterschiedlichen Praktika. «Mehrklassige Schulen faszinierten mich schon immer.» Die meisten Praktika absolvierte sie in Mehrklassenschulen. Die dabei gemachten Erfahrungen waren für sie bei ihrem Stellenantritt in Avers Cresta sehr wertvoll. Als ihre Kollegin sie auf das Stelleninserat aufmerksam machte, ist der Funke sofort gesprungen, auch wenn sie das Tal kaum kannte: «Ich suchte bewusst etwas Abgelegenes auf dem Land.» Angesprochen auf Heimweh meint sie: «Ich hatte zu viel Arbeit, als dass ich Heimweh hätte haben können.» Sie gesteht mir jedoch, dass sie anfangs jeden Freitag nach Schulschluss nach Davos reiste, um dort am Wochenende Familie und Freunde zu treffen und den Ausgang zu genießen. Die Junglehrerin trat die Stelle befristet auf ein Jahr an mit der Aussicht zur Verlängerung auf vier Jahre.

Es kam es wie es kommen musste – die junge Lehrerin lernte bereits nach einigen Monaten einen jungen Landwirt aus dem Tal kennen. Zwischenzeitlich ist Sandra Höllrigl bereits seit sieben Jahren im Avers, hat dort Fuß gefasst



und gemeinsam mit ihrem Mann Simon eine Familie gegründet. Sie sind Eltern der zweijährigen Tessa.

Während dem Schulbesuch driftet mein Blick immer wieder ab aufs gegenüberliegende Grosshorn, die Schneefelder erinnern mich an die Skitour des vergangenen Winters. Angesprochen auf die wunderbare Natur meint sie: «Mir hat die Natur in diesem Hochtal schon immer gefallen, doch seit ich eine Tochter habe, nehme ich alles nochmals viel bewusster wahr, speziell die Wildtiere rund ums Haus.» Sie fotografiert in ihrer Freizeit gerne und erledigt die Buchhaltung für verschiedene Dorfvereine. Die junge Familie wohnt in der Fraktion Avers Pürt. Dort sind sie an einem Familienbetrieb beteiligt, der eine Betriebsgemeinschaft für vierzig Milch- und Mutterkühe hat. Auch Sandra Höllrigl hilft regelmässig mit und geht fast täglich in den Stall. Die Sommerferien verbringt sie auf dem Feld und in den Frühlings- und Herbstferien ist sie mit Feldarbeiten beschäftigt. Für sie gehört dies zum Alltag. «Ich schätze es zu helfen und draussen zu sein, darin finde ich einen guten Ausgleich.»

Für das junge Paar steht ein grosses Projekt an, sie sind mitten in der Anfangsphase der Planung für den Neubau eines «Gada». Dabei verrät mir Sandra Höllrigl einen speziellen Wunsch: «Wir sind daran zu überlegen, verknüpft mit dem neuen Stallbau etwas im Bereich des Agrotourismus aufzubauen.» Denn sie findet, das touristische Potenzial des Tales könnte noch besser genutzt werden und möchte auf ihrem Hof gleich selbst einen Beitrag dazu leisten. Damit nimmt sie ihren zweiten Berufswunsch auf.

Sandra Höllrigl berichtete mir auch von den Schattenseiten des abgelegenen Lebens. Durch ihren Mann war sie zwar schnell im Tal integriert. Doch mit einem Lächeln fügt sie an: «Das Leben hier ist schon eine grosse Umstellung. Einheimisch wird man da nicht als Auswärtige.» Sie vermisst besonders die Gleichaltrigen und die Ausgangsmöglichkeiten. Zum Spengler Cup reist Sandra Höllrigl noch immer regelmässig nach Davos; sie hat noch keinen ausgelassen. Die Kleinräumigkeit des Tals bedingt ein gutes Abgrenzen vor allem auch als Lehrerin. In unserer

Diskussion über die Avner Schule zeigt sich die Lehrerin überzeugt, dass in einer Landschule trotz allem die Vorteile überwiegen. Als besonderen Vorteil bezeichnet Sandra Höllrigl den Mehrklassenunterricht, welcher sehr gute Möglichkeiten zur Individualisierung bietet. Besonders schätzt sie den Gestaltungsspielraum und die Freiheiten, die eine solche Schule bietet. Da die Schule die eigentliche Lebensader des Tales darstellt, wird von ihr auch einiges erwartet. Mit diesen Erwartungen umzugehen, sei ein Balanceakt. Das Interesse der Bevölkerung an der Schule ist sehr hoch. «Schon alleine die Tatsache, dass wir eine Talschule haben, ist ein grosser Vorteil.»

Und eines scheint klar, das Unterrichten in einer Dorfschule verlangt viel Flexibilität, so werden die Pensen laufend der Schülerzahl angepasst. Ebenso viel Flexibilität verlangt das Leben im Avers, auch dort muss man sich den Bedingungen immer wieder anpassen. Genau so habe ich Sandra Höllrigl erlebt: als eine flexible, interessante, tatkräftige junge Frau. Ich bin überzeugt, dass sie noch einiges im Tal bewirken kann.